

Chantal MOUFFE: *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Frankfurt (Suhrkamp) 2012, 214 Seiten.

Mit dem Terminus Postdemokratie wurde vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch (*Postdemokratie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2008) ein zeitdiagnostischer Schlüsselbegriff eingeführt, der die gegenwärtige Melange aus allgemeiner Politikverdrossenheit, dem Bedeutungsverlust von Institutionen und einer alles durchdringenden Ökonomisierung umschreibt. Wenngleich umstritten ist, ob Crouchs Diagnose zutrifft, fordern solche Begriffe doch dazu heraus, den Blick auf die gegenwärtige Politik zu schärfen. So ist heute mehr denn je fraglich, was der Terminus Politik eigentlich besagt.

Die belgische Politikwissenschaftlerin und Professorin für politische Theorie an der Londoner University of Westminster, Chantal Mouffe, beleuchtet in ihrem 214 Seiten umfassenden Buch in sechs Kapiteln und einem ergänzenden, von Elke Wagner geführten Interview genau dieses Thema. Sie knüpft an die aktuellen Debatten zum Politikverständnis und zum Status der repräsentativen Demokratie an. Diese Debatten wurden – wie die Autorin zeigt – nicht zuletzt auch durch die jüngeren Protestbewegungen befeuert, weil sich diese selbst oft in Opposition zur repräsentativen Demokratie verstehen. Doch stimmt Mouffe ganz und gar nicht in deren pessimistischen Abgesang auf die Politik ein. Auch teilt sie den „Exodus-Ansatz“ (S. 152) von Occupy und vergleichbaren Protestbewegungen keineswegs. Vielmehr ringt Mouffe um ein neues, radikal pluralistisches Politikverständnis einer parlamentarischen Demokratie, das sie mit dem von ihr vorgeschlagenen Begriff der Agonistik beschreibt. Von diesem leitet Mouffe auch Überlegungen für Europa ab. Denn mit allem Nachdruck möchte sie Europa wieder als visionäre politische Idee verstanden wissen – gerade als Gegengewicht zu dem in ihren Augen neoliberalen US-amerikanischen Modell.

Was nun aber für Kulturschaffende an Mouffes Buch besonders interessant scheint, ist die Tatsache, dass sie in ihrem Konzept der agonistischen Politik der Kunst eine besondere Rolle beimisst und dieser ein ganzes Kapitel widmet.

Doch zunächst erörtert sie ihren Begriff agonistischer Politik. Beschrieben wird dieses Konzept als ein Politikverständnis, das auf Widerspruch basiert. Politik richtet sich für Mouffe nicht auf einen rationalen Konsens aus; der Konsens scheint sogar gefährlich, insofern als er stets ein Wir unterstellt, das womöglich nicht existiert. Und jede Konstrukti-

on eines Wir setzt unweigerlich ein Ihr voraus und fußt damit stets auch auf Exklusion.

Politik im agonistischen Sinne bedeutet deshalb für Mouffe etwas anderes. Sie basiert – und dies arbeitet sie im ersten Kapitel des Buchs heraus – auf einer „Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten“ (S. 28). Konflikte sind dabei kein zu vermeidendes Übel, sondern gelten als unbedingte Triebfedern der Politik. Mouffe schreibt:

Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation der gemeinsamen ethisch-politischen Prinzipien sind nicht nur legitim, sondern notwendig. Sie eröffnen den Bürgern unterschiedliche Identifikationsmöglichkeiten und sind der Stoff, aus dem demokratische Politik gemacht ist. (S. 30)

Politik lebt mithin vom Widerstreit. Entscheidend bei diesem politischen Widerstreit ist für Mouffe, dass sich die Parteien dabei als Kontrahenten begegnen und nicht als Feinde.

Kontrahenten bekämpfen einander, weil sie wollen, dass ihre Interpretation dieser Prinzipien hegemonial wird, stellen aber das legitime Recht ihrer Kontrahenten, für ihre Position zu streiten, nicht infrage. Dieser Widerstreit zwischen Kontrahenten stellt die ‚agonistische Auseinandersetzung‘ dar, die Grundbedingung einer lebendigen Demokratie ist. (S. 29)

Die Gegensätze in der Politik sind daher unauslöschlich. „Erst wenn man die Unauslöschlichkeit von Gegensätzen und Antagonismus zur Kenntnis nimmt, kann man wahrhaft politisch denken“ (S. 39), resümiert sie. Der Konsens kann daher nicht das Ziel der Politik sein.

Zu Mouffes Konzept agonistischer Politik gehört deshalb ein weiterer entscheidender Aspekt, in dem sie sich auch ganz explizit von Habermas abgrenzt; gemeint ist ihre Überzeugung, dass der politische Diskurs keine ausschließlich rationale Angelegenheit ist. Weder die Durchsetzung von Interessen (das aggregative Modell von Demokratie) noch die Vernunft oder moralische Überlegungen (das deliberative Modell) können demokratische Politik in ihren Augen hinreichend erklären, denn diese würden beide „die zentrale Bedeutung kollektiver Identitäten sowie die zentrale Rolle, die Affekte bei deren Konstitution spielen“ ausblenden. (S. 27) Mouffe ist folglich überzeugt, „dass man demokratische Politik unmöglich verstehen kann, ohne ‚Leidenschaften‘ als treibende Kraft auf dem Feld der Politik zur Kenntnis zu nehmen.“ (S. 27) Dem deliberativen und dem aggregativen Modell attestiert sie dagegen eine rationalistische bzw. eine individualistische Ausrichtung. Für Mouffe spielen jedoch kollektive Identitäten eine viel entscheidendere Rolle, denn ihr Verständnis von Politik stellt die Konstitution kollektiver Identität in den Vordergrund und nicht das einzelne vernunftbegabte Individuum.

Kollektive Identität denkt Mouffe dabei immer im Plural. Weder Identität noch Kultur basieren in ihren Augen auf einer vorgegebenen Essenz, sondern auf Unterschieden und Divergenzen zu anderen Kulturen und anderen Identitäten.

Entsprechend tritt Mouffe im zweiten Kapitel des Buchs für eine „multipolare Weltordnung“ ein und plädiert dafür, sich von einer politischen Einigung der Welt zu verabschieden (S. 49). Demokratie könnte in ihren Augen ganz unterschiedliche Formen annehmen und sollte eine Vielzahl regionaler Pole anerkennen, statt sich auf eine zentrale Autorität und ein einheitliches wirtschaftliches und politisches Modell zu stützen (S. 49f.). „Die Kompatibilität von Scharia und Demokratie“, so argumentiert sie im Anschluss an Noah Feldmann, sei mittlerweile im islamischen Mainstream angekommen (S. 67). Demokratisierung setze daher keine Verwestlichung voraus (S. 71).

Im dritten Kapitel entfaltet die Politikwissenschaftlerin dann ihre Überlegungen zu einem agonistischen Europa. Dabei macht sie sich stark für eine „europäische Alternative zum Neoliberalismus“. Deregulierung und Privatisierung hätten unbestreitbar eine aktuelle Krise verursacht. Diese Krise als Krise des europäischen Projekts zu betrachten, hält sie aber gleichwohl für einen Fehler (S. 98). Denn aus „der Erkenntnis, dass die mangelnde Begeisterung für die EU auf die neoliberale Wende zurückgeht, ergibt sich die Hoffnung, dass die Formulierung einer Alternative durchaus dazu beitragen kann, die Legitimität des europäischen Projekts wiederherzustellen.“ (S. 98) Dabei gilt es vor allem die Gleichsetzung von Freihandel und Demokratie zu überdenken (S. 100).

Im vierten Kapitel stellt Mouffe dann eine diskursanalytische Betrachtung des Begriffs „radikale Politik“ an und kritisiert dabei Hardt/Negris Begriffe Herrschaftslosigkeit, General Intellect und Multitude. Dies vor allem deshalb – das wird auch nochmals im Schlusskapitel deutlich –, weil sie deren Idee des Rückzugs aus den bestehenden Institutionen bzw. deren Exodus-Strategien wenig abgewinnen kann. Ebenso ist sie überzeugt, dass es gilt, sich vom „Mythos des Kommunismus als transparenter versöhnter Gesellschaft“ zu verabschieden (S. 131). Mouffe sieht vielmehr die entscheidende Lösung in einer neuen Zusammenarbeit zwischen dem Staat mit seinen repräsentativen Institutionen und „einer Vielzahl sozialer Bewegungen“ (S. 120). Zu dieser Überzeugung gelangt sie vor allem durch die Betrachtung der modellhaften Entwicklungen in Argentinien.

Das fünfte Kapitel schließlich ist für den Kulturbetrieb das vielleicht interessanteste, weil sich Mouffe hier mit der Rolle der künstlerischen

Praktiken im Rahmen agonistischer Politik auseinandersetzt. Ihre Ausgangsfrage ist dabei, ob die Kunst, der in ihren Augen in unseren Gesellschaften eine immer zentralere Position zukommt, noch eine kritische Funktion wahrnehmen kann (S. 133). Nach einem Parforceritt durch die Debatten zum Spannungsfeld von Kunst, Arbeit und Politik von Adorno/Horkheimer über Virno, Habermas und Boltanski/Chiapello zeigt sie schließlich vor allem am Beispiel der Künstler Alfredo Jaar und der Künstlergruppe *Yes Man* auf, wie Kunst es vermag, jene alternativen „Identitäten zu konstruieren“ (S. 144), die zum Aufbau von Gegenhegemonien unerlässlich sind. Jaars Projekte etwa beschreibt sie als „gegenhegemoniale Interventionen“, die nicht nur zu einer ‚Desartikulation‘ des vorherrschenden ‚Common Sense‘ (S. 145) führen, sondern es vermögen, durch imaginative Setzungen einen kollektiven Willen zur Erneuerung zu erzeugen, ohne diesen irgendjemandem zu oktroyieren. Dabei betont Mouffe, dass einen solchen Impuls nicht allein aktivistische Ansätze bewirken können; im Gegenteil: Auch den klassischen Institutionen kommt in Mouffes Augen eine entscheidende Rolle zu. Gerade Museen würden einen privilegierten Kontext bieten, der eine Unterscheidung erzeugt zu „kommerziellen Produkten“. Auch seien Museen Orte für das ästhetische Urteilen, für das es so kennzeichnend sei, dass es eben gerade nicht auf Übereinkunft ziele (S. 158). Deshalb ist für Mouffe klar, dass künstlerischer Aktivismus oder eine Versammlung der Empörten allein nicht „das Ende der neoliberalen Hegemonie herbeiführen“ kann. „Eine pluralistische demokratische Gesellschaft kann ohne Repräsentation nicht existieren“ (S. 185), lautet ihr Resümee.

Für all diejenigen, die sich mit der politischen Dimension des Kulturbetriebs auseinandersetzen, stellt Mouffes Band aktuelle und kluge theoretische Überlegungen bereit. Besonders einleuchtend ist dabei, dass sie eine kritische interventionistische Kunstpraxis nicht in Opposition zu einer autonomen Sphäre denkt, welche durch staatliche Institutionen gesichert wird, sondern beide Modelle als sich gegenseitig ergänzende vorstellt. Die in dem Band zusammengestellten Textbeiträge sind für all diejenigen, die Mouffes ältere, gemeinsam mit Ernesto Laclau verfasste Schriften kennen, nicht unbedingt neu. Sie sind in dem vergleichsweise schmalen Band aber ungemein flüssig und eingängig formuliert und stärker auf den Kultursektor bezogen. Ihre optimistischen Bemerkungen zur Demokratisierungsbewegung im arabischen Frühling sind durch die aktuellen politischen Entwicklungen eingeholt worden. Das mag man jedoch eher mit Blick auf die politische Wirklichkeit bedauern, als dass man es der Autorin vorhalten möchte. Die impulsgebende Kraft, die

sie künstlerischen Projekten im Rahmen eines politischen Umbaus der Gesellschaft zutraut, ist nicht nur ermutigend, sondern vor allem auch überzeugend.

*Karen van den Berg*